



J.B.METZLER

Demokratische Wege

Ein biographisches Lexikon

Herausgegeben von
Manfred Asendorf und Rolf von Bockel

Sonderausgabe

Verlag J. B. Metzler
Stuttgart · Weimar

Projekt- und Redaktionsleitung: Manfred Asendorf
Redaktion: Rolf von Bockel
Korrekturarbeiten: Brigitte Domurath, Elfie Jehle, Jutta Kaiser,
Sabine Matthes
Textverarbeitung: Meike Tadsen, Jutta Wolff, Diana Wolter
Register: Dieter Fuchs
Bildbeschaffung: Katharina Wilts
Wissenschaftliche Fachberatung: Helmut Bleiber, Elisabeth
Böhmer, Klaus Briegleb, Hans-Werner Engels, Jens
Flemming, Walter Grab, Franklin Kopitzsch, Wolfgang
Kraushaar, Hartmut Ludwig, Friedrich Wilhelm
Marquardt, Julius H. Schoeps, Winfried Steffani, Klaus
Thomamüller, Ulla Wischermann

Inhalt

Vorwort zur Sonderausgabe	V
Vorwort	IX
Lexikon	1
Alphabetisches Verzeichnis der Biographien	717
Chronologisches Verzeichnis nach Geburtsjahren	722
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	727
Namenregister	730
Bildquellen	747

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-476-02135-9
ISBN 978-3-476-00185-6 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-476-00185-6

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2006 Springer-Verlag GmbH Deutschland
Ursprünglich erschienen bei J. B. Metzler'sche Verlagsbuchhandlung
und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH in Stuttgart 2006

www.metzlerverlag.de
info@metzlerverlag.de

Vorwort zur Sonderausgabe

Der vorliegende Band ist eine Sonderausgabe des 1997 erschienenen Lexikons »Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten«. Die Sonderausgabe ist, bis auf den Untertitel, unverändert.

Das Buch hat nach dem Urteil des französischen Literaturhistorikers Pierre-André Bois¹, ein neues Kapitel in der Erforschung politischer Traditionen in Deutschland aufgeschlagen und die Chance eröffnet, die demokratische Frage unter epochenübergreifenden Gesichtspunkten neu zu erörtern:

»Das Bild eines Deutschlands, das sich einem nicht zu kurierenden »Obrigkeitsdenken« verschrieben hat, gehört, zum Glück, seit längerem der Vergangenheit an. Allzu verbreitet indes ist noch die Vorstellung, daß der demokratische Gedanke hier erst im 19. Jahrhundert aufkam. Im allgemeinen herrscht der Glaube vor (nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo), daß Politik vor allem eine Angelegenheit von Politikern sei, unterstützt von Bundesgenossen aus ihrem Umfeld, wie z.B. Gewerkschaftern. Es ist dieses verkürzte Verständnis, das die Herausgeber des Lexikons haben in Frage stellen wollen. Darin bekundet sich die Überzeugung, daß die »Demokratie« nicht allein eine politische Errungenschaft, sondern daß sie eine zentrale Angelegenheit des gesellschaftlichen Lebens insgesamt sei und daß die einzige Frage von Bedeutung die sei, die darauf ziele, die menschliche Existenz freier und solidarischer zu machen. Eine Geschichte des politischen Gedankens in Deutschland bleibt noch zu schreiben. Sie wird sich stützen müssen auf diese Summe von Verweisen, die eine anregende Geschichte bildet von »hommes allemands de la liberté et de la fraternité.«²

Bei der Konzeption des Lexikons war ein Demokratiebegriff zugrunde zu legen, der genügend historische Reichweite und Tiefe besitzt, um auch entfernterer Vergangenheit gerecht zu werden, und genügend politische Substanz, um in Gegenwart und Zukunft Orientierung zu ermöglichen. Um der Gefahr zu entgehen, geschichtliche Phänomene anachronistisch miteinander zu vermischen oder unwiderruflich Vergangenes vordergründig zu aktualisieren, ist es außerdem notwendig, den prinzipiellen und potentiell dauerhaften Kern des demokratischen Gedankens von seinen jeweiligen zeitgebundenen Ausprägungen zu trennen und deutlich werden zu lassen. Die Herausgeber entschlossen sich daher, an Überlegungen anzuknüpfen, die Aristoteles im 4. Jahrhundert v. Chr. vor dem Hintergrund einer bereits praktizierten Demokratie im Stadtstaat Athen sowie Tocqueville im 19. Jahrhundert aus der Erfahrung der »Demokratie in Amerika« entwickelt hatten. Diese Entscheidung stand und steht im Einklang mit neueren politikwissenschaftlichen Untersuchungen, in denen Reichweite und Leistungskraft der von Aristoteles bzw. Tocqueville vorgelegten Konzepte verglichen mit einschlägigen anderen Demokratietheorien Bestnoten erhielten.³ Die geistige Grundlage der Demokratie, ihr »Minimaldogma« (Spinoza) oder, wie man vielleicht besser sagen sollte, ihr Grundkonsens, die von den Griechen entwickelte Formel »Freiheit und Gleichheit«, hat bis heute gerade wegen ihrer Ambivalenz, Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit (die der politischen Realität ja durchaus entspricht) nichts von ihrer Bedeutung als Ausgangspunkt historischer wie politikwissenschaftlicher Analyse und als Zielpunkt politischen Engagements verloren.

Während die Politikwissenschaft, an deutschen Universitäten erst nach 1945 etabliert, den Begriff der Demokratie relativ unbefangen adaptiert und zum Paradigma einer selbständigen Forschungsrichtung ausgestaltet hat, mit einer inzwischen beeindruckenden

1 Bois' große Studie über den deutschen Aufklärer Knigge, die unter den Literaturangaben des entsprechenden Artikels unseres Lexikons fehlt, sei hier ausdrücklich zur Lektüre empfohlen: Pierre-André Bois, Adolph Freiherr Knigge (1752–1796). De la »nouvelle religion« aux Droits de l'Homme. L'itinéraire politique d'un aristocrate allemand franc-maçon à la fin du dix-huitième siècle, Wiesbaden 1990.

2 In: Francia 26/2, 1999, S. 210–212 (Übersetzung des Zitats von mir).

3 Vgl. Manfred G. Schmidt, Demokratietheorien, Opladen ³2000, S. 544f. (Tabelle: »Demokratietheorien im Vergleich«).

den Fülle an Publikationen, hat sich die historische Zunft schwerer getan, bedingt durch eine bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückgehende eigene anti-demokratische Tradition⁴ sowie durch besondere aus der NS-Zeit überkommene Belastungen. Immer noch weit verbreitet ist die Vorstellung, daß Demokratie ein Produkt der Französischen Revolution und der Industriegesellschaft sei, der sogenannten »Moderne« (inzwischen abgelöst durch die »Postmoderne«), – die »Vormoderne« aber, auch »altständische« oder »alteuropäische« Gesellschaft genannt, Demokratie allenfalls als theoretische Möglichkeit und akademisches Problem in Betracht gezogen habe.⁵ Vielversprechende Ansätze wie die von dem Münchner Rechtshistoriker Konrad Beyerle angeregte und geförderte Dissertation Robert von Kellers aus dem Jahre 1930 »Freiheitsgarantien für Person und Eigentum im Mittelalter. Eine Studie zur Vorgeschichte moderner Verfassungsgrundrechte«⁶ gingen in den Strudeln der anhebenden NS-Barbarei unter. Immerhin setzten die von Günter Birtsch seit Ende der siebziger Jahre angeregten interdisziplinär angelegten Untersuchungen zu den »Grund- und Freiheitsrechten« diesen Weg fort und geben damit ein ermutigendes Zeichen.⁷ Als hemmend erweisen sich indes immer noch moderne Definitionen, die fast obsessiv

auf Unterschiede abheben und Gemeinsamkeiten unterbelichten.

Auf der Basis gegenwärtigen Demokratieverständnisses werden frühere an Gleichheit und Freiheit orientierte Bestrebungen entwertet. Natürlich sind an eine heutige Demokratie zum Teil größere Anforderungen zu richten (z.B. nach Verwirklichung der Gewaltentrennung mit ihrem Kernstück unabhängiger Rechtsprechung), doch wäre es politisch unklug (zudem unhistorisch) wollte man etwa das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zum alleinigen Maßstab eines demokratischen Tugendkatalogs machen. Ein Urteil des britischen Philosophen und Volkswirtschaftlers John Stuart Mill (1806–1873) über die antike Demokratie, das sich (mit Einschränkungen) auf manche Stadtrepubliken des Mittelalters und der frühen Neuzeit übertragen ließe, mahnt uns, die Hände nicht in den Schoß zu legen.

»Trotz der Mängel im Gesellschaftssystem und in den sittlichen Normen der griechischen Antike war das intellektuelle Niveau des durchschnittlichen Athener Bürgers durch die [politische, M.A.] Praxis in Gericht und Volksversammlung dem in jedem anderen Gemeinwesen des Altertums wie der Neuzeit weit überlegen.«⁸ Auch wenn die politischen Bedürfnisse und die Spielregeln der antiken Demokratie und späterer längst vergangener demokratischer Anläufe heute unerheblich sein mögen, so können wir doch aus dem Geist, aus dem die Wegbereiter moderner Demokratie handelten, (ohne biographische Brüche zu verschweigen oder zu beschönigen) lernen, zumal sich dabei immer wieder die Frage stellt, ob nicht angesichts der erwähnten Defizite unserer Demokratie, wie der US-amerikanische Althistoriker Moses I. Finley schon vor mehr als 30 Jahren vorgeschlagen hat, »neue Formen einer Teilnahme des Volkes an den politischen Geschäften erfunden werden müssen«,⁹ vielleicht zunächst in kommunalem, kleinräumigem Rahmen und/oder konkret erlebten Zusammenhängen.¹⁰

4 Vgl. dazu bereits M. Asendorf, *Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland*. Hamburg 1974; ders., *Geschichte und Parteilichkeit, Historisches Bewußtsein in Deutschland*, Berlin 1984.

5 Vgl. dazu M. Asendorf, »Demokratie«, in: Ders. zus. mit J. Flemming, A. v. Müller und V. Ullrich, *Geschichte – Lexikon der wissenschaftlichen Grundbegriffe*, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 133–137; ders., *Der Fall Wygand oder: Von der Bürgerrechtsbewegung zur Demokratie. Ein Beitrag über Hamburger Verhältnisse des 17. Jahrhunderts*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XVIII*, 1989, S. 379–414, hier insbes. S. 379–383; ders., *Wege zur Demokratie, 75 Jahre demokratisch gewählte Hamburgische Bürgerschaft*, Hamburg 1994.

6 Erschienen Heidelberg 1933. Vgl. dazu Thomas Hense, *Konrad Beyerle. Sein Wirken für Wissenschaft und Politik in Kaiserreich und Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 2002 (insbes. S. 124–130).

7 Vgl. u. a. Günter Birtsch (Hrsg.), *Grund- und Freiheitsrechte von der ständischen zur spätbürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1987, hier insbes. den programmatischen Beitrag von Berthold Sutter, *Der Schutz der Persönlichkeit in mittelalterlichen Rechen*, *Zur historischen Genese der modernen Grund- und Freiheitsrechte*, S. 17–41.

8 Zitiert nach Moses I. Finley, *Antike und moderne Demokratie*, Stuttgart 1987, S. 36 (in der Übersetzung von Edgar Pack).

9 Ebenda, S. 41.

10 Als interessanten Beleg dafür, daß es sich hier nicht um bloßes Wunschdenken handelt vgl. INFO der Friedrich Ebert Stiftung,

Aus dieser Sicht könnte man zu der Überzeugung gelangen, daß, wie Finley meinte, Verfassungsgeschichte ein »bloßes Oberflächenphänomen« sei.¹¹ Das mag übertrieben sein. Aber bedenkenswert ist seine Beobachtung, daß viele und, wie wir glauben, die wichtigsten Aspekte demokratischer Praxis außerhalb der Sphäre schulbuchmäßiger »Staatsbürgerkunde« liegen. Denn demokratische Prinzipien fallen nicht vom Himmel, vielmehr mußten und müssen sie erkämpft und verteidigt werden, nach Möglichkeit mit Hilfe wehrhafter Institutionen, aber durch Menschen.

Das vorliegende Lexikon will am Leitfaden von Lebensgeschichten »demokratische Wege« (auch Ab-, Irr- und Seitenwege) beleuchten, nicht aber, wie man nicht genug betonen kann, »Vorbilder« ein- oder aussortieren. Es geht also nicht in erster Linie darum, zu zeigen, wer ein deutscher Demokrat war, sondern darum, solchen Personen Aufmerksamkeit zu schenken, von denen zu vermuten ist, daß ihre engagierte Teilhabe am Gemeinwesen, so unterschiedlichen Überzeugungen sie auch verpflichtet waren, Bausteine liefern könnten für eine kritische Bestandsaufnahme demokratischer Entwürfe in Vergangenheit und Gegenwart. »Um nicht ins aktuelle Unterholz zu stolpern«, so drückte es Jost Nolte in seiner Rezension des Buches aus, zogen die Herausgeber 1945 »eine Art Schlußstrich«. Personen, die sich bereits vorher einen Namen gemacht hatten, wurden noch aufgenommen. Wer erst nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Bildfläche erschien, blieb draußen.¹² Etliche dieser historischen Persönlichkeiten hätten sich wahrscheinlich verweigert, wenn sie um Erlaubnis gefragt worden wären, ob sie unter dem Dach eines Lexikons zur demokratischen Frage mit Menschen vereint werden dürften, mit denen sie zu Lebzeiten nichts gemein haben wollten. Gewiß kann man sich ein biographisches Lexikon zur demokratischen Frage vorstellen, das statt 420 etwa 3000 oder 4000 Porträts enthielte. Doch auch dann würden Lücken nicht zu vermeiden sein. Vollständigkeit konnte und sollte nicht erreicht werden,

zumal ein so umfangreiches Projekt eine ganz andere Forschungslage vorausgesetzt hätte.

Auch die am Lexikon beteiligten Autoren dürften es nicht leicht gehabt haben, ist es doch verständlich, wenn Biographen dazu tendieren, sich mit den von ihnen beschriebenen Figuren zu identifizieren und deren Abneigungen zu verinnerlichen.¹³ Um so erfreulicher ist es, daß die meisten Wissenschaftler, die um ihre Mitarbeit gebeten wurden, dazu auch bereit waren. »Man spürt in den Beiträgen«, so stellte Joist Grolle in einer Besprechung anerkennend fest, »jüngste, das Lagerdenken auflösende Gegenwartserfahrung«¹⁴.

»Nam tua res agitur, paries cum proximus ardet« – »Brennet des Nachbars Wand, so bist Du selber gefordert« heißt es bei Horaz. Es wäre zu wünschen, daß das vorliegende Lexikon dazu verhilfe, das

13 Vgl. Walter Grabs nachträgliche öffentliche Distanzierung von der Konzeption des Lexikons in: Zeitschrift für Germanistik VIII, 2/1998, S. 484f. Meine Erwiderung sowie der Abdruck eines Briefes von Jan Philipp Reemtsma an Grab ebenda, Heft IX, 1/1999, S. 262ff.

14 Joist Grolle in der Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 83/2, 1997, S. 286. Ähnlich positiv begrüßt wurde das Buch von zahlreichen Rezensenten insbesondere aus Journalistik, Literatur – und Politikwissenschaft, während sich die Historikerzunft in Schweigen hüllte (mit Ausnahme Wolfgang Schieders). Vgl. u. a. Manfred Jehle in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 4, 1997, S. 543f.; Ludger Heid in: Das Historisch-Politische Buch, 46. Jg., Heft 3; »Lebendige Demokratie« in: Tagesspiegel vom 10. 3. 1997; Frauke Hamann, »Die Geburtshelfer einer neuen Staatsform«, in: Das Parlament vom 11. Juli 1997; Jost Nolte, »Über die Abgründe zu den Demokraten«, in: DIE WELT, 10. Mai 1997; Benedikt Erenz, »Nie gehört«, in: DIE ZEIT vom 18. April 1997; Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 15. Aktuelle und annotierte Bibliographie zur Politikwissenschaft, Heft 2/1997; Manfred Jochum im Österreichischen Rundfunk am 2. 5. 1997; Angela Gutzeit, »Demokratie im Spannungsfeld der Geschichte. Ein Gespräch mit Manfred Asendorf«, Deutschlandfunk, 3. Juli 1997; Süddeutscher Rundfunk, Redaktion »Bücherbar«, 31. 8. 1997; U.E. in: Romerike Berge, Heft 1, 1999; Georg Mölich: »Demokraten zum Nachschlagen«, in: neues rheinland, August 1997; Markus Bauer (Jassy), in: Zum Thema Mitteleuropa: Sprache und Literatur im Kontext, hrsg. von Markus Bauer (Contributio Iesene de Germanistica VIII), Konstanz 2000, S. 361ff. Vgl. dagegen Wolfgang Schieders Besprechung in der FAZ vom 25. 3. 1997, die, wie schon die Überschrift »Zwiespältige Ehrenliste. Wer war ein deutscher Demokrat?« zeigt, mit Unterstellungen operierte.

Heft 3, 2005 mit dem Schwerpunktthema »Mehr Demokratie wagen«.

11 Finley (Anm. 8), S. 27, auch für das Folgende.

12 Jost Nolte in der WELT vom 10. Mai 1997.

Wissen um die Möglichkeiten, aber auch um die Gefährdungen demokratischer Existenz zu verbreitern und zu vertiefen. Wer mehr Demokratie wagen will – das wollen wir im Ergebnis festhalten – muß sich »auf den schwierigen Grat zwischen Freiheit und Gleichheit«¹⁵ begeben, am besten ohne autoritative Handreichungen. In einer Rede anlässlich der Entgegennahme des Lessing-Preises der Freien und Hansestadt Hamburg am 28. September 1959 zitierte Hannah Arendt ein Wort des großen Aufklärers, das darauf aufmerksam macht, daß zum Denken nicht nur Intelligenz gehört, sondern auch Mut, und das

die Fetischisierung »zwingenden« Argumentierens, die Festlegung auf widerspruchsfreie Identität als gefährlich für die Freiheit des Denkens selbst enthüllt:

»Ich bin nicht verpflichtet, all die Schwierigkeiten aufzulösen, die ich mache. Meine Gedanken mögen sich weniger zu verbinden, ja wohl gar sich zu widersprechen scheinen: wenn es denn nur Gedanken sind, bei welchen (die Leser) Stoff finden, selbst zu denken.«¹⁶

Manfred Asendorf, im Dezember 2005

15 Grolle (wie Anm. 14).

16 Zit. nach Hannah Arendt, *Menschen in finsternen Zeiten*, München/Zürich 1989, S. 22f.

Vorwort

Eine Volksversammlung, die durch Abstimmung die Regierung nötigt, einer Gruppe junger Ausländerinnen Asyl zu gewähren, obwohl damit die Gefahr außenpolitischer Verwicklungen heraufbeschworen wird – dieses Szenario entstammt nicht einer Chronik unserer Zeit, es bildet den Kern der ältesten bekannten literarischen Auseinandersetzung mit der Demokratie, der Tragödie des Aischylos *Die Schutzflehenden*, aufgeführt in Athen wahrscheinlich im Jahre 463 v. Chr.. Das Wort »Demokratie« ist zuerst bei Herodot Mitte des 5. Jahrhunderts v. Chr. bezeugt und heißt »Volksherrschaft«. Was freilich unter »Volk« (δημος) zu verstehen ist und was unter »Herrschaft« (κρατία), darüber gingen und gehen die Meinungen auseinander.

»Demos« bedeutet ursprünglich »alle« oder »viele«: gemeint waren relativ wenige: diejenigen, die als politisch berechnete Staatsbürger in der Mehrheit waren, jedoch der Masse der Bevölkerung, den Sklaven (rechtlich als Sache behandelt), Frauen und Fremden gegenüber, eine kleine Minderheit darstellten. Wo Alexis de Tocqueville in seinem berühmten Buch *Über die Demokratie in Amerika* (1835/1840) vom »allgemeinen Wahlrecht« spricht, muß sich der Leser vergegenwärtigen, daß hier von nur 5 Prozent der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten die Rede ist: Im Amerika des Tocqueville-Buches waren die Indianer, die Farbigen, die Frauen und ein großer Teil der Weißen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Was die Frauen angeht, so hat es auch in Westeuropa bis ins 20. Jahrhundert gedauert, bis sie das Wahlrecht erlangten. Selbst neuere revolutionsgeschichtliche Darstellungen erwecken den Eindruck, es verstehe sich von selbst, daß die später so genannten »revolutionären Demokraten«, etwa 1793, zur Zeit der Französischen Revolution, oder in Deutschland 1848/49, in der Regel vom Frauenwahlrecht nichts hielten – von weitergehender politischer Partizipation zu geschweigen. Insofern ist der »mainstream« der Demokratiegeschichte auf weite Strecken ein »male stream« (Mary O'Brien).

»Kratia« bedeutet Macht, Gewalt, Herrschaft: Herrschaft ist nach Max Weber in dem allgemeinsten

Sinne »Machtausübung, also die Möglichkeit, den eigenen Willen dem Verhalten anderer aufzuzwingen«. Die Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vorausgesetzt, müssen wir uns gleichwohl fragen, wie sich Demokratie konkret verwirklicht, zumal doch offenkundig ist, daß nicht alle gleichzeitig und in gleicher Weise herrschen können. Weitere Fragen stellen sich, wenn man der Auffassung folgt, daß Demokratie den Umfang der Befehlsgewalt minimiert oder wenigstens minimieren sollte – möglichst gegen Null. Und noch komplizierter wird es, wenn wir Demokratie als ein Prinzip begreifen, eine dynamische Kraft, die tendenziell, wenn auch keineswegs providentiell, wie Tocqueville glaubte, alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt. Demokratie ist freilich nicht einfach, um ein beliebtes soziologisches Wort zu benutzen, ein »Projekt«. Eher ist sie eine Lebensform, fragil und gefährdet. Und, wie Heinrich von Treitschke, ein Zeitgenosse des 19. Jahrhunderts und Gegner der Demokratie, richtig erkannt hat, eine »Contradictio in adjecto«.

Schon die Staatslehrer der griechischen Antike wußten, um was es sich handelt. Seit Aristoteles (4. Jahrhundert v. Chr.) sind grundlegende Erkenntnisse benannt, die bis heute zum eisernen Bestand aller Demokratietheorien gehören: Wesentliche Merkmale der Demokratie sind Freiheit und Gleichheit. Freiheit und Gleichheit sind nicht identisch, aber auch nicht unaufhebbare Gegensätze. Der Gedanke der Freiheit verlangt, daß »das Regieren und Regiertwerden reihum geht« und zugleich, daß »jeder Staatsbürger mit dem anderen gleiches Recht haben soll«. Das demokratische Recht ist die Gleichheit nach der Zahl. Wo dies für Recht gilt, beschließt die Mehrzahl. »Daraus folgt aber, daß in den Demokratien die Armen größere Gewalt besitzen als die Reichen, denn sie bilden die Mehrzahl«. Und an anderer Stelle heißt es bei Aristoteles mit pessimistischem Unterton: »Denn immer sind es die Schwächeren, die nach Recht und Gleichheit suchen, die Stärkeren aber kümmern sich nicht darum«. Eine weitere Grundbestimmung der Demokratie ist daher, »leben zu können, wie man will«, oder, wie wir heute sagen würden, selbstbestimmt.

Viele Zeitgenossen des 19. und 20. Jahrhunderts, darunter bedeutende Gelehrte unterschiedlichster Herkunft, stellten und stellen sich die Sache so vor, als ob mit der Französischen Revolution von 1789 der Vorhang aufging – und auf der Bühne erscheint »die moderne Demokratie«. Demgegenüber hat der Althistoriker (und Marxist) Arthur Rosenberg (1889–1943) gezeigt, in welchem hohem Maß sich die Republikaner des 18. Jahrhunderts, vor allem in Frankreich und in Nordamerika, im Denken und Handeln dem Erbe der Antike verpflichtet fühlten. Wenn der antike Name der Demokratie in der Neuzeit seine Auferstehung habe feiern können, so sei das letztlich auf die »objektive Übereinstimmung der gesellschaftlichen Tatsachen« zurückzuführen, welche die Ähnlichkeit zwischen den modernen revolutionären Bewegungen und denen der Antike schuf. Noch weiter ging der liberale Aristokrat Tocqueville, indem er das demokratische Prinzip aus dem begrenzten revolutionsgeschichtlichen Zusammenhang löste und als »allmähliche Entwicklung zur Gleichheit der Bedingungen« (»égalité des conditions«) beschrieb, die seit vielen Jahrhunderten über alle Hindernisse hinweg voranschreite.

Mit dieser Feststellung verband Tocqueville – zu einer Zeit, als Monarchisten, Adlige und große Teile des Bürgertums Demokratie auf Anarchie zu reimen pflegten – die Prognose, daß einmal etablierte Demokratien einen konservativen Charakter annähmen. Damit dürfte zusammenhängen, daß in unserer Zeit, am Ende des 20. Jahrhunderts, mancher Beobachter die Debatte um die Wertsetzungen von 1789 bereits für verbraucht und für beendet erklärte. Der Zusammenbruch des »real existierenden«, von kommunistischen Regimen verwalteten Sozialismus, zufällig in das Bicentenaire, das 200. Geburtsjahr der Französischen Revolution fallend, hat allenthalben die »demokratische Frage« wiederbelebt. Auch die akademische Intelligenz, jahrzehntelang eher desinteressiert, ist neugierig geworden. Unverstellt durch systembedingte legitimatorische Zwecke und Absichten an der Frontlinie zwischen »links« und »rechts«, »fortschrittlich« und »reaktionär« ist jetzt die innere, allen ideologischen Selbstbestätigungen (häufig anmutend wie das Pfeifen im dunklen Walde) vorgängige, gesellschaftliche Sprengkraft der Demokratieproble-

matik (wieder) sichtbar. Gescheitert sind Versuche, die spätestens seit den westeuropäischen Revolutionen von 1848 immer größer gewordene Kluft zwischen Arbeiterbewegungssozialismus und bürgerlich-liberalem Verfassungsstaat mit nominalistischer Kampfrethorik auszufüllen oder zu verdecken. Dies gilt, wenn auch in unterschiedlicher Weise und Bewertung für die Identifikation von politbürokratischer Diktatur mit »demokratischem Zentralismus« wie für die dem entgegengesetzte Formel vom »demokratischen Sozialismus« und für die Beschwörung von »freiheitlich-demokratischer Grundordnung« zur Kennzeichnung einer rechtsstaatlich und staatsrechtlich definierten Bürgerbeteiligung, die durch Verfahren und Institutionen kanalisiert ist.

Die in dem Begriff Demokratie sprachlich und politisch eingebundene Spannung zwischen Gleichheit und Freiheit sowie die beide verklammernde Solidarität (»Brüderlichkeit«) ist aufgebrochen. Die Frontlinie, so zeigt sich, verläuft nicht nur zwischen »Demokraten« und Gegnern der Demokratie, sondern ist der demokratischen Wirklichkeit selbst zu eigen. Und sie ist es, seit es demokratische Bewegungen in der Geschichte gibt. Die demokratische Frage sah und sieht sich daher mit einer doppelten Schwierigkeit konfrontiert: mit dem Umstand, daß, nach aller geschichtlichen Erfahrung, die Entwicklung zur Gleichheit der Bedingungen, d.h. zugleich zu immer mehr Planung, Bürokratie und Reglementierung, die Autonomie des Einzelnen einebnet, während doch umgekehrt ohne ein erhebliches Maß an Gleichheit Freiheit im Sinne von Selbstbestimmung nicht möglich ist. Die Paradoxie wird schon im Wortgebrauch deutlich: Denn wann und wo wäre dieses Maß erreicht, wenn gesellschaftliche Gleichheit als Endzustand gedacht wird? Und wo Freiheit, wenn Freiheit, ebenfalls seinem radikalen Sinn entsprechend, den Gegensatz dazu bedeutet?

Von Demokratie und Demokratietheorie war die Rede. Indes: »Es sind nicht die Artikel einer Konstitution, die eine Demokratie ausmachen«, meinte der 1988 gestorbene französische Liberalismus- und Demokratieforscher Georges Burdeau. Und er fügte hinzu: »Es gibt nicht die Demokratie an sich, es gibt nur Demokraten«. Daß Demokratien oder demokratische Verhältnisse Menschen mit demokratischer Ge-

sinnung erfordern (freilich auch hervorbringen), ist bekannt. Kaum ein bedeutender politischer Denker, der das nicht betont hätte, freilich in der Regel, um sich dann desto unbefangener generalisierenden politischen Ideen, theoretischen Systemen und determinierenden anonymen Kräften zuzuwenden. Ein Sammelurteil von Vorurteilen über den »Demokraten« schleppte sich auf diese Weise durch die Jahrhunderte, deren Ausgangspunkt in dem herben Verdikt Platons (5./4. Jahrhundert v. Chr.) liegt: »Es ist keine Ordnung und keine Notwendigkeit in seinem Leben«. Demokraten als unsichere Kantonisten, Demagogen, Feinde der Ordnung, intellektuell, charakterlich und politisch »Mittelmaß« verkörpernd. Andererseits wurde mit Rousseau (1712–1778) die Maßlatte so hoch gelegt, daß sie von niemandem übersprungen werden kann: »Wenn es ein Volk von Göttern gäbe, würde es sich demokratisch regieren«. Und: »Eine so vollkommene Regierung paßt für Menschen nicht«.

Das vorliegende Werk handelt von Menschen, von denkenden und fühlenden, von handelnden und leidenden, gewiß auch von irrenden Menschen, auch von Menschen, die selbst Schuld auf sich luden. Wer wie der deutsche Jakobiner Eulogius Schneider Anno 1793 mit einer fahrbaren Guillotine durch die Lande zieht und von Amts wegen Todesurteile verhängt, mag ein glühender Freund der Gleichheit sein – er übersieht nur, daß der gewaltsam zugefügte Tod neben der Folter und der Knechtschaft die extremste Demonstration und Form der Ungleichheit darstellt. Dieses Werk ist ein biographisches Lexikon zur deutschen Demokratiegeschichte. Die Herausgeber haben sich bei der Konzeption von folgenden Grundüberlegungen leiten lassen:

Erstens: Da der Begriff der Demokratie – wie unter prinzipiellen Gesichtspunkten einleitend bereits erörtert – weder vor noch während seiner politischen Institutionalisierung und sozialen Ausgestaltung – identisch mit seiner realen Geschichte war und ist, ist es möglich, aber auch nötig, einen vergleichsweise langen Zeitraum ins Auge zu fassen: vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis 1945 (stellenweise noch darüber hinaus). Die österreichische Geschichte ist bis zum preußisch-österreichischen Krieg 1866 bzw. bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes

(ein Jahr später als Vorstufe zum Deutschen Reich) mitberücksichtigt. Reformation und Bauernkrieg zum Ausgangspunkt zu wählen, bedarf kaum der Erläuterung, werden diese Ereignisse doch in der Geschichtswissenschaft dem Beginn der »Neuzeit« oder der »Moderne« zugerechnet, als mit der beschleunigten Ausbreitung der Textreproduktion mit beweglichen Lettern, des Buchdrucks, ein wichtiges Moment demokratischen Handelns geschaffen wurde. Daß Reformation und Bauernkrieg im übrigen auch heute noch politische Energien freizusetzen vermögen, zeigt eine Meldung, die im September 1996 durch die Presse ging. Danach hat der Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak auf einem europäischen Theologenkongreß vor dem Hintergrund jüngster deutscher Geschichte »Demokratieblockaden« bei Ost- wie Westdeutschen, insbesondere bei evangelischen Christen, beklagt und gefordert, »das Erbe der Reformation unter dem Demokratiegesichtspunkt neu zu erschließen«.

Zweitens: Wenn richtig ist, was Goethe in *Wilhelm Meisters Lehrjahre* sagt, daß der Geist, aus dem wir handeln, das Höchste ist und durch Worte allein nicht deutlich wird, dann ist der Versuch, durch Lebensläufe die demokratische Frage zu beleuchten, besonders gut geeignet. Denn hier verschränken sich Worte und Taten im Medium der Mentalität, treffen sich soziale Figurationen mit individuellen Bedürfnissen.

Das Lexikon ist kein »Museum der Demokraten«. Die Herausgeber schreiben kein Demokratie-Muster vor, sie wollen insofern weder eigene Überzeugungen bestätigt finden noch »pädagogisch« überzeugen. Sie haben Biographien gesammelt, um im Spannungsfeld von Gleichheit und Freiheit die Verwerfungen und Brüche festzumachen, die zu Aufstieg und Fall, zu Konkretion und Perversion des demokratischen Gedanken, zu den wiederholten Take-Offs der Demokratie und zu ihren Bruchlandungen oder gar Katastrophen geführt haben.

Das Buch enthält 420 Biographien, rund 200 namhafte Historiker, Politik- und Literaturwissenschaftler haben als Autoren mitgewirkt, darunter auch Forscher und Forscherinnen aus Frankreich, Österreich, der Schweiz, aus den USA, Israel und Rußland. Die Biographien sind alphabetisch geordnet, der Leser

kann sich aber auch in einer chronologischen Übersicht einen ersten Eindruck über die Auswahl verschaffen. Über die Auswahl kann man streiten, und jeder, der ein Lexikon macht, weiß auch, daß nicht alle Blüenträume reifen. Die Herausgeberin der auf 56 Bände und 26300 Artikel angewachsenen »Allgemeinen Deutschen Biographie«, die Bayerische Akademie der Wissenschaften, ließ in der Vorrede zum letzten, 1912 erschienenen Band, lakonisch verlauten: »Von den 1850 Verfassern der einzelnen Lebensbeschreibungen ist nun, im Laufe von fast vierzig Jahren, weitaus die Mehrzahl bereits selbst dahin-

geschieden«. Soweit konnten und wollten es die Herausgeber des vorliegenden Lexikons »Demokratische Wege« nicht kommen lassen.

Die Herausgeber danken allen Personen und Institutionen, die zum Gelingen der Publikation beigetragen haben. In erster Linie danken sie Jan Philipp Reemtsma, der das Unternehmen ermöglichte, an den konzeptionellen Gesprächen beteiligt war und den Fortgang begleitete.

Manfred Asendorf
Rolf von Bockel